

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/26  
7. Februar 1972

Nicht zum Nullpunkt der Reform zurück

-----  
Die Grenzen von Gemeinsamkeit in der Bildungs-  
politik

Von Johannes Rau MdL  
Mitglied des SPD-Parteivorstandes und Minister  
für Wissenschaft und Forschung von Nordrhein-  
Westfalen

Seite 1 und 2 / 66 Zeilen

Keine Alternative zur Ostpolitik

-----  
CDU von Baden-Württemberg hat Rückzugspläne

Von Walter Krause MdL  
Innenminister von Baden-Württemberg und Spitzen-  
kandidat für den Landtagswahlkampf

Seite 3 / 27 Zeilen

Wieder Sport-Kontakte mit Araber-Staaten

-----  
Reale Chancen zur Ausfüllung einer Lücke

Von Dr. Adolf Müller-Emmert MdB  
Mitglied des Bundestagsausschusses für Sport  
und Olympische Spiele

Seite 4 / 41 Zeilen

Ein praktischer Schritt nach vorn

-----  
Zum Ergebnis der sozialdemokratischen Konferenz  
in Igls/Österreich

Von Hans-Eberhard Dingels  
Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen  
des Parteivorstandes

Seite 5 / 48 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressenhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 888 846 / 888 847/  
888 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 65 11

Nicht zum Nullpunkt der Reform zurück

Die Grenzen von Gemeinsamkeit in der Bildungspolitik

Von Johannes Rau MdL

Mitglied des SPD-Parteivorstandes und Minister  
für Wissenschaft und Forschung von Nordrhein-Westfalen

Die Gegner der sozialliberalen Bildungsreform in der Bundesrepublik formieren sich neu. Hinter dem großen Schild der angeblichen Sorge um Schule und Universität reden sie in Wirklichkeit die Konfrontation herbei. Zeitungen placieren auf ihren Titelseiten, daß die "linken Ideologen in der SPD" die Gemeinsamkeit der Bildungspolitik längst aufgekündigt hätten, ja daß sie sogar in zwei Paragraphen des Hochschulrahmengesetzes etwa zu formulieren gedächten, was nach Meinung der CDU/CSU in einem Paragraphen gehöre. So weit gehen sie also, die Linken, die Leussink gestürzt haben und die ihre Beine schon lockern, um sie Dohnanyi zu stellen, da blasen die Skeptiker gegenüber allen Reformen die Schalmei der Gemeinsamkeit, bei der zwischen CSU und dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft dann wohl doch noch Platz sein muß für Sozialdemokraten und Liberale? Wo mag dieser Platz sein angesichts der engen Liaison zwischen den Reformgegnern?

Was für ein Nebel. Ob im Nebel der Gemeinsamkeitsreden die Umrisse des Gebäudes der Reform selbst unsichtbar, ob die Sachthemen übertönt werden sollen? Ob die Dinge nicht doch anders liegen, als die Schlagzeilen scheinbar schlagend zeigen?

Gewiß und immer wieder: Kein Bildungspolitiker wird leugnen, daß in der Bildungslandschaft der Bundesrepublik ein Höchstmaß an Einheitlichkeit zu erhalten, ja erst zu schaffen ist. Gerade dies ist aber doch Gegenstand der Reform, Anlaß zum Streit, Ziel der Veränderung. Wer Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit für alle jungen Bürger will, dem kann an zwei einander entgegengesetzten Strukturen im Bildungswesen nichts liegen, gar nichts. Was aber folgt daraus - Gemeinsamkeit um jeden Preis?

Wo liegt der zahlbare Preis für wünschenswerte Freizügigkeit?

Der Ruf nach Gemeinsamkeit wird unglaubwürdig, wenn er immer nur als Alibi für die Bremsfunktion des jeweils rückständigsten Bundeslandes erschallt. Das Prinzip des Föderalismus - so große Schwächen es haben mag - könnte ja auch möglich machen, daß das Vehikel "Bildungspolitik" aus einigen Bundesländern nicht Bremsflüssigkeit, sondern Pferdestärken bezieht, damit es flotter wird, ohne unsicherer zu werden. Wo ständen wir sonst? Wie lange wären Zwergschulen, wie lange wäre die institutionelle Konfessionalität Beschreibung der kulturpolitischen Wirklichkeit geblieben?

Die sozial-liberalen Koalitionen wollen jede Gemeinsamkeit im Bildungswesen, die in der Sache stimmt. Sie wollen aber Gemeinsamkeit nicht als Air fresh, das den Dissens in der Sache parfümiert. Bevor man sich über die Schritte und ihr Tempo einigt, muß man wissen, wohin man geht. Der Schaden entsteht doch nicht dadurch, daß wir miteinander in der Sache streiten, er entstünde und würde zur Katastrophe, wenn wir alle unter der einfarbigen Fahne der Gemeinsamkeit einen falschen Weg einschlagen. Ein falscher Weg führt nun einmal auch dann nicht zum richtigen Ziel, wenn man ihn gemeinsam geht. Schade für die "Welt". Den alten Wein in neue Schläuche - das lohnte den Aufwand und die Arbeit nicht, das brächte einen Erwartungsstau falscher Hoffnungen.

Darum wird unsere Bildungspolitik nie darin erlahmen, viele, neue, gute Verbündete zu suchen, woher sie auch immer kommen. Aber sie wird den Gemeinsamkeitsideologen nicht auf die abschüssige Bahn folgen, auf der sie auf den Nullpunkt der Reformen zurückrutschte. Das schließt Selbstkritik nicht aus, sondern ausdrücklich ein: Die Sache selbst steht zur Diskussion und zur Bewertung. Da ist zuerst von der richtigen, erst dann von der gemeinsamen und zum guten Schluß vom Kompromiß zu reden. Die Bereitschaft zum Kompromiß aber sinkt umso tiefer, je stärker Ziele und Mittel in ihrer Substanz angegriffen werden. - Manche, die die Politik der Gegenwart (die Ost-, die Bildungs-, die Medienpolitik) kommentieren, machen einen gestörten Eindruck. Sie könnten sich mit sozial-liberalen Regierungen dann, notfalls dann, abfinden, wenn diese Regierungen wenigstens garantiert und sichtbar die Politik der Opposition betrieben. Solche Harmonielehre ist freilich nicht zu haben. Denn dem steht nicht Trotz, sondern die Sache zeitgerechter Bildungspolitik selbst entgegen. + +

Keine Alternative zur Ostpolitik

CDU von Baden-Württemberg hat Rückzugspläne

Von Walter Krause Mdl

Innenminister von Baden-Württemberg und Spitzenkandidat  
für den Landtagswahlkampf

In der Debatte um die Ostpolitik der Bundesregierung konnte im Stuttgarter Landtag die CDU keine neuen Gesichtspunkte ins Feld führen. Auffällig war, daß eine Reihe längst entkräfteter Bedenken gegen die Ostverträge immer wieder aufs neue vorgetragen, aber kein klares Nein ausgesprochen wurde.

Die erste Fassung der Regierungserklärung wurde von den SPD-Ministern zurückgewiesen. Sie hätte den sofortigen Bruch der Koalition bedeutet. Nach der Ankündigung dieser Konsequenz in der Kabinettsitzung haben sich die Kabinettsmitglieder der CDU nach längerer interner Beratung entschlossen, aggressive Passagen zurückzunehmen. Die SPD-Minister haben erklärt, daß sie die politischen und verfassungsrechtlichen Bedenken der CDU gegen die Ostverträge für unbegründet halten und die Regierungserklärung in diesen Punkten nicht billigten. Dieser Standpunkt wurde auch im Landtag vertreten.

Die CDU hat sich nicht auf eine definitive Ablehnung der Ostverträge festgelegt. Sie hat sich im Gegenteil hinter den Vorhang eines Bündels von Bedenken alle Möglichkeiten offengehalten. Sie verwendet jetzt die Formel, man müsse mit einer Ablehnung rechnen, wenn die Bedenken der CDU nicht ausgeräumt würden. Daraus ergibt sich, daß sich die CDU auf alle Fälle ein Hintertürchen offen lassen will. Auch wenn sie - jetzt noch - mit verbalen Kraftakten Kritik übt, bereitet sie offenbar ihren Rückzug vor. Das wichtigste Ergebnis: Die Debatte im Stuttgarter Landtag hat bewiesen, daß es keine Alternative zur Ostpolitik der Bundesregierung gibt. Sie ist gegenwärtig die einzige Chance, um den Frieden in Europa sicherer zu machen. (-/ex/7.2.1972/ks)

+ + +

Wieder Sport-Kontakte mit Araber-Staaten

Reale Chancen zur Ausfüllung einer Lücke

Von Dr. Adolf Müller-Emmert MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Sport und Olympische Spiele

Will die Bundesrepublik ihre sportpolitischen Verbindungen zu den meisten arabischen Ländern wieder aufleben lassen, so bietet sich hierzu im olympischen Jahr eine günstige Gelegenheit. Freilich ist es weitgehendst selbst Sache der arabischen Regierungen, die als Folge des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen auch auf den Minuspunkt gesunkener Sport- und Jugendkontakte neu zu beleben. Das wird nach bundesdeutscher Auffassung sicherlich nicht nur aus Konkurrenz-Denken zu den beachtlichen Bemühungen der DDR-Sportpolitik von Interesse sein.

Tatsächlich hat Ostberlin von dem Abbruch der Beziehungen einer Vielzahl von arabischen Regierungen zur Bundesrepublik in der Sportpolitik profitiert. Sportbegegnungen mit der Bundesrepublik bekamen Seltenheitscharakter, nur in Tunesien, dem Jemen und Marokko bezogen Sportpädagogen aus der Bundesrepublik ihr Sportentwicklungshilfe-Quartier. Den übrigen "arabischen Raum" versuchte mit bemerkenswerten Erfolgen die DDR auszufüllen. Von den etwa 40 Sportpädagogen und Trainern, die aus dem Ostblock im vergangenen Jahr im arabisch-afrikanischen Bereich eingesetzt waren, kam rund die Hälfte aus der DDR. Etwa zehn "Sportentwicklungshelfer" konzentrierte die Ostberliner Sportführung davon in arabischen Ländern. Durch eine Vielzahl von Gastbesuchen, Sportwochen und Studienaufenthalten weckte die DDR das Interesse von Staaten wie Algerien, Libyen oder Ägypten. Sie wußte sich auch durch den relativ hohen Anteil von arabischen Absolventen an den Ausländer-Lehrgängen der Deutschen Hochschule für Körperkultur in Leipzig eine günstige Ausgangsbasis in diesen Staaten zu schaffen. Hinzu kommt zwangsläufig ein gesteigertes Interesse von Militär-Regierungen - beispielsweise des Irak - an dem vormilitärischen System der DDR wie der Gesellschaft für Sport und Technik (GST).

Dennoch bieten sich auch für die Bundesrepublik reale Chancen für eine Verbesserung der Sport- und Jugendbeziehungen. Wie leider in der Sportförderung allgemein haben frühere Bundesregierungen auch der Sportentwicklungshilfe nur eine untergeordnete Rolle zugestanden. Nach Initiativen der SPD-Bundestagsfraktion finden die jetzigen Bemühungen der Bundesregierung auf diesem Gebiet nicht nur die Unterstützung der Mehrheit der beteiligten Parlamentausschüsse. Auch die Sportorganisationen der Bundesrepublik unterstützen diese Sportpolitik. Im Zusammenhang mit den Beziehungen zu den arabischen Ländern könnten wieder einmal Sport- und Jugendkontakte hilfreiche Dienste leisten. Vorbedingungen dürfen dabei nicht gegeben sein.

(-/ex/7.2.1972 ks.

+ + +

## Ein praktischer Schritt nach vorn

---

### Zum Ergebnis der sozialdemokratischen Konferenz in Igls/Österreich

Von Hans-Eberhard Dingels

Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen des Parteivorstandes

Die am Wochenende stattgefundene Konferenz sozialdemokratischer Spitzenpolitiker im österreichischen Kurort Igls bei Innsbruck hat zu sehr konkreten Ergebnissen geführt. Die dort versammelten führenden europäischen Politiker und Staatsmänner wie z.B. der SPD-Vorsitzende und Bundeskanzler Willy Brandt, Österreichs Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky, die beiden italienischen sozialdemokratischen und sozialistischen Politiker de Martino und Saragat sowie der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei der Schweiz haben in einer zweitägigen Konferenz zusammen mit anderen führenden Sozialdemokraten aus der Bundesrepublik, Österreich, Italien und der Schweiz praktische Schritte für eine engere Zusammenarbeit der Parteien dieser Region erörtert. Als wesentliches Ergebnis der Konferenz von Igls lassen sich folgende Punkte festhalten:

1/ Angesichts der großen Probleme, die die Arbeitnehmerströme in Europa hervorrufen, werden die sozialdemokratischen Parteien sich darum bemühen, zu einer sehr konkreten Analyse der Fragen ausländischer Arbeitnehmer zu gelangen, um darauf fußend, Vorschläge zur Überwindung dieser Probleme vorzulegen. Besonders die italienischen Sozialdemokraten und Sozialisten haben diese Frage sehr ernst als einen der wichtigsten Tagesordnungspunkte dieser Konferenz angesehen.

2/ Außerdem fand man Einverständnis darüber, sich auch über andere Fragen der praktischen Politik zu verständigen wie z.B. Vorschläge zu Problemen der Umweltverschmutzung, des Verkehrs und der grenzüberschreitenden Wirtschaft zu erarbeiten.

3/ Ein sehr intensiver Meinungsaustausch führte auch zur Erörterung der anstehenden Fragen der EWG und der Probleme, denen sich Österreich und die Schweiz in dieser Frage gegenüberstehen.

Die Teilnehmer der Konferenz waren sich außerdem darüber einig, in Zukunft derartige Formen der Zusammenarbeit weiter auszubauen. Unter Vorsitz des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Kreisky wurde ein Kontaktausschuß der sozialdemokratischen Parteien der vier Länder gebildet, dessen Aufgabe es sein wird, die Probleme des praktischen Lebens der Gesellschaft dieser Länder zu erörtern und für die Parlamente und Regierungen Vorschläge zu erarbeiten.

Ohne in eine verbale Euphorie zu verfallen, sollte man das Ergebnis von Igls als ein sehr denkwürdiges Ereignis ansehen. Parteien, die über eine sehr unterschiedliche Struktur verfügen, aus Ländern, die auch in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Gestaltung sehr verschieden voneinander sind, haben sich zu einem gemeinsamen Handeln in den Fragen gefunden, die ihre Länder und ihre Parteien gemeinsam berühren. Aus diesem Grunde kann und wird die Konferenz von Igls ein wichtiger Schritt nach vorne nicht nur in der Zusammenarbeit sozialdemokratischer Parteien sein, sondern auch in der Überwindung und der Lösung von Problemen, die sich für die Menschen in all den Ländern, die betroffen sind, wie auch der gesamten Region, ergeben.

(-/cx/7.2.1972/bgy)